

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/8026 –**

**Das Kyoto-Protokoll ratifizieren und zum Weltgipfel 2002 in Johannesburg
in Kraft setzen**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Christian Ruck,
Cajus Caesar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8028 –**

**Kyoto–Bonn–Marrakesch, ein wichtiger Schritt für die internationale
Klimapolitik**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/7450 –**

Gesetz zur Ratifizierung des Kyotoprotokolls unverzüglich vorlegen

A. Problem

Mit der Annahme des Protokolls von Kyoto am 11. Dezember 1997 hat die Dritte Konferenz der Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens der Vereinten Nationen erstmals verbindliche, quantitative Zielvorgaben und flexible Instrumente für die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen beschlossen. Zur Konkretisierung und Umsetzung der Vorgaben des Protokolls von Kyoto bedurfte es jedoch zusätzlicher Detailregelungen. Die erforderlichen Entscheidungen wurden in weiteren Vertragsstaatenkonferenzen, vor allem auf der Fortsetzungskonferenz der Sechsten Konferenz der Vertragsparteien im Juli 2001 in Bonn und auf der Siebten Konferenz der Vertragsparteien im November 2001 in Marrakesch (Marokko), getroffen.

Mit den Anträgen auf den Drucksachen 14/8026, 14/8028 und 14/7450 soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, sich für eine rasche Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch möglichst viele Staaten innerhalb und außerhalb der EU einzusetzen und sich weiter intensiv darum zu bemühen, die USA dazu zu bewegen, sich am globalen Klimaschutz aktiv zu beteiligen. Weitere grundsatzeinheitliche, aber im Detail voneinander abweichende Forderungen an die Bundesregierung betreffen die Entwicklung und den Einsatz der so genannten flexiblen Mechanismen sowie die Unterstützung der Entwicklungsländer. Mit dem Antrag auf Drucksache 14/8026 soll die Bundesregierung darüber hinaus aufgefordert werden, weitere nationale Klimaschutzziele zu formulieren.

B. Lösung

Der Ausschuss ist mehrheitlich der Auffassung, dass der Antrag auf Drucksache 14/8026 ausführlich auf den Verhandlungsprozess zur Umsetzung des Protokolls von Kyoto eingehe und konkrete Anforderungen an die Klimaschutzpolitik formuliere, der Antrag auf Drucksache 14/8028 inhaltlich zwar zu begrüßen, jedoch zu allgemein gehalten sei und dem Antrag auf Drucksache 14/7450 mit der Vorlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls – Drucksache 14/8250 – bereits entsprochen worden sei.

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/8026 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/8028 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/7450 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme eines der beiden abgelehnten Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 14/8026 – anzunehmen,
2. den Antrag – Drucksache 14/8028 – abzulehnen,
3. den Antrag – Drucksache 14/7450 – abzulehnen.

Berlin, den 27. Februar 2002

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Monika Ganseforth
Berichterstatterin

Bernward Müller (Jena)
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Monika Ganseforth, Bernward Müller (Jena), Dr. Reinhard Loske, Birgit Homburger und Eva Bulling-Schröter

I.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/8026 und 14/8028 wurden in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen. Der Antrag auf Drucksache 14/7450 wurde in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 2002 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben zu den Anträgen wie folgt votiert:

| | Drucksache 14/8026 | Drucksache 14/8028 | Drucksache 14/7450 |
|---|--|--|--|
| Auswärtiger Ausschuss | Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ 90/GR.: + FDP: + PDS: + | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ 90/GR.: – FDP: + PDS: – | — |
| Rechtsausschuss | — | — | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ 90/GR.: – FDP: + PDS: – |
| Ausschuss für Wirtschaft und Technologie | Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ 90/GR.: + FDP: – PDS: 0 | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ 90/GR.: – FDP: + PDS: – | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: 0 BÜ 90/GR.: – FDP: + PDS: – |
| Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ 90/GR.: + FDP: 0 PDS: / | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ 90/GR.: – FDP: 0 PDS: / | — |
| Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union | Annahme SPD: + CDU/CSU: – BÜ 90/GR.: + FDP: – PDS: 0 | Ablehnung SPD: – CDU/CSU: + BÜ 90/GR.: – FDP: + PDS: – | — |

Legende: + = Zustimmung – = Ablehnung 0 = Stimmenthaltung / = Abwesend

II.

Mit der Annahme des Protokolls von Kyoto am 11. Dezember 1997 hat die Dritte Konferenz der Vertragsparteien des Klimarahmenübereinkommens der Vereinten Nationen erstmals verbindliche, quantitative Zielvorgaben und flexible Instrumente für die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen beschlossen. Zur Konkretisierung und Umsetzung der Vorgaben des Protokolls von Kyoto bedurfte es jedoch zusätzlicher Detailregelungen. Die erforderlichen Entscheidungen wurden in weiteren Vertragsstaatenkonferenzen, insbesondere auf der Fortsetzungskonferenz der Sechsten Konferenz der Vertragsparteien im Juli 2001 in Bonn und auf der Siebten Konferenz der Vertragsparteien im November 2001 in Marrakesch (Marokko), getroffen.

Mit den Anträgen auf den Drucksachen 14/8026, 14/8028 und 14/7450 soll die Bundesregierung insbesondere dazu aufgefordert werden, sich für eine rasche Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch möglichst viele Staaten innerhalb und außerhalb der EU einzusetzen und sich weiter intensiv darum zu bemühen, die USA dazu zu bewegen, sich am globalen Klimaschutz aktiv zu beteiligen. Weitere grundsatz-einheitliche, aber im Detail voneinander abweichende Forderungen an die Bundesregierung betreffen die Entwicklung und den Einsatz der so genannten flexiblen Mechanismen sowie die Unterstützung der Entwicklungsländer. Mit dem Antrag auf Drucksache 14/8026 soll die Bundesregierung darüber hinaus aufgefordert werden, weitere nationale Klimaschutzziele zu formulieren.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Anträge auf den Drucksachen 14/8026, 14/8028 und 14/7450 in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde hervorgehoben, dass der Koalitionsantrag ausführliche, konkrete Ausführungen und Aufforderungen zur Fortentwicklung der Klimaschutzpolitik beinhalte. Zu den einzelnen klimapolitischen Maßnahmen habe man bereits im Plenum Stellung genommen. Der Antrag der CDU/CSU sei erfreulich und verdiene Anerkennung. Er eröffne die Möglichkeit, fraktionsübergreifend zu gemeinsamen Positionen zu gelangen. Dies liege auch darin begründet, dass der Antrag sehr allgemein gehalten sei. Da der Koalitionsantrag wesentlich konkreter formuliert sei, werde man den Antrag der Fraktion der CDU/CSU trotz seiner positiven Ansätze ablehnen. Der Antrag der Fraktion der FDP habe sich durch die Vorlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls letztlich erledigt.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wurde bedauert, dass kein gemeinsamer, fraktionsübergreifender Antrag zustande gekommen sei. Was die Kernforderungen anbelange, sei der Koalitionsantrag nicht sehr weit von den im Antrag der Fraktion der CDU/CSU formulierten acht Aufforderungen an die Bundesregierung entfernt. Daher sei es durchaus möglich, im Kern für beide Anträge einen gemeinsamen Nenner zu finden. Allerdings könne man bestimmten Ausführungen des Koalitionsantrags nicht zustimmen, hierzu zählten u. a. die Formulierungen zur Atomenergie. Auch setze der erste Punkt des Koalitionsantrags, in dem von der

Wiederbelebung des internationalen Klimaverhandlungsprozesses durch die Beschlüsse der Klimagipfel von Bonn und Marrakesch die Rede sei, die vorangegangenen Klimaschutzverhandlungen herab; dem könne nicht zugestimmt werden. Daher werde der Antrag der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Dem Antrag der Fraktion der FDP, dessen Bedeutung darin liege, dass er die Bundesregierung bereits im Jahr 2001 aufgefordert habe, einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls vorzulegen, werde zugestimmt.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde betont, dass der Koalitionsantrag die Empfehlung des Nationalen Nachhaltigkeitsrates und des Sachverständigenrates für Umweltfragen nach einer Reduktion der CO₂-Emissionen der Industriestaaten um 40 % bis 2020 gegenüber 1990 sowie das Thema Finanzbeiträge für Entwicklungsländer, von dessen Lösung der Erfolg des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg abhängt, aufgegriffen habe. Die kürzlichen klimapolitischen Vorschläge des amerikanischen Präsidenten George W. Bush machten deutlich, wie wichtig es sei, dass die USA wieder in den Kyoto-Prozess eingebunden würden. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei viel konkreter als der Antrag der Fraktion der CDU/CSU formuliert; dieser sei sehr allgemein gehalten, in der Sache zwar nicht falsch, aber auch nicht wirklich zukunftsweisend. Dem Antrag der Fraktion der FDP sei durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 14/8250 entsprochen worden; Deutschland liege bei der Ratifizierung in zeitlicher Hinsicht im europäischen Spitzenfeld.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde der Antrag der Fraktion der CDU/CSU begrüßt; er greife eine Reihe von Forderungen auf, die die Fraktion der FDP bereits im Jahr 2001 vorgetragen habe. Über den heute zur Beratung anstehenden Antrag hinaus habe man weitere Anträge zu den Kyoto-Mechanismen vorbereitet. Sie stünden in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem EU-Richtlinienentwurf zum Handel mit Emissionsberechtigungen für Treibhausgase und sollten zusammen mit dieser Vorlage im Ausschuss beraten werden. Man halte es für dringend erforderlich, die Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Deutschland mit dem entsprechenden internationalen Klimaschutzprozess zu verknüpfen. Es reiche nicht aus, das Kyoto-Protokoll lediglich zu ratifizieren, vielmehr sollten noch in der laufenden Legislaturperiode Entscheidungen über dessen Umsetzung in Deutschland und dem damit verbundenen Instrumenteinsatz herbeigeführt werden.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde erklärt, man werde sich bei der Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 14/8026 der Stimme enthalten und die Anträge auf den Drucksachen 14/8028 und 14/7450 ablehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/8026 anzunehmen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/8028 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/7450 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2002

Monika Ganseforth
Berichterstatterin

Bernward Müller (Jena)
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

